

Breite Kritik an Koalitionsbeschlüssen

Opposition gehen neue Corona-Hilfen nicht weit genug – Wirtschaft nennt Pläne „halbherzig“



Familien sollen zur Abfederung der Corona-Krise in diesem Jahr erneut einen Kinderbonus erhalten.

VON ULRICH STEINKOHL UND THERESA MÜNCH

Berlin. Die von der Großen Koalition beschlossenen neuen Corona-Hilfen stoßen bei der Opposition, in der Wirtschaft sowie bei Gewerkschaften und Sozialverbänden auf deutliche Kritik. Während diese die Milliardenbeträge für Familien, Geringverdiener, Gastronomie, Unternehmen und Kultur überwiegend für unzureichend ansehen, werteten Union und SPD ihre Beschlüsse am Donnerstag als wichtige Hilfe für besonders schwer von der Pandemie Betroffene. Führende Unionspolitiker wie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt betonten zudem die konstruktive Zusammenarbeit im Koalitionsausschuss am Mittwoch: „Diese Koalition hat gezeigt, sie ist vollkommen arbeitsfähig.“

Sozialminister Hubertus Heil strebt eine schnelle Realisierung der Beschlüsse an. Man arbeite mit Hochdruck an der gesetzgeberischen Umsetzung, sagte der SPD-Politiker. Als Ziel gab er aus, dass sich das Kabinett bereits am nächsten Mittwoch damit befasst. Aus Sicht der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken soll der vereinbarte Kinderbonus schon bald fließen. „Bis vielleicht März, April müsste das möglich sein, das Geld auszuzahlen“, sagte sie.

Der Koalitionsausschuss hatte am Mittwochabend milliardenschwere Hilfen zur Abfederung der Corona-Krise beschlossen. Familien sollen einen einmaligen Kinderbonus von 150 Euro je Kind erhalten, ebenso Erwachsene in der Grundsicherung. Für plötzlich in Not geratene Selbstständige und Beschäftigte mit kleinen Einkommen wird der erleichterte Zugang in die Grundsicherung bis Ende 2021 verlängert. Für Unternehmen, die coronabedingt Verluste erleiden, wird die Möglichkeit zur Verrechnung der Einbußen mit früheren Gewinnen verdoppelt – auf maximal zehn Millionen Euro beziehungsweise 20 Millionen bei einer Zusammenveranlagung. In der Gastronomie wird der bis Ende Juni 2021 befristete verringerte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent bis Ende 2022 verlängert. Und für das Programm „Neustart Kultur“ soll es eine Anschlussregelung mit einer Ausstattung von einer weiteren Milliarde Euro geben.

Sarah Ryglewski, Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, hob insbesondere die Hilfen für Familien und Erwachsene in der Grundsicherung hervor: „Die Corona-Krise darf soziale Probleme nicht verschärfen.“ Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisierte die Hilfen dagegen als viel zu gering. „Das Ergebnis ist ein Tropfen auf den heißen Stein, was die Herausforderungen und Nöte geringverdienender Arbeitnehmer und armer Familien angeht“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel. Ähnlich argumentiere der Paritätische Wohlfahrtsverband.

Unzufrieden ist auch die Wirtschaft. Zahlreiche Branchenverbände kritisierten die Pläne für den Verlustrücktrag als halbherzig. Grundsätzlich sei die Maßnahme gut, hieß es etwa beim Autoverband VDA. „Allerdings ist der beschlossene Umfang ernüchternd“, sagte Verbandspräsidentin Hildegard Müller. Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer betonte, angesichts der riesigen unverschuldeten Liquiditätsprobleme der Betriebe seien die Hilfen „in keiner Weise weitreichend genug“. Zufrieden zeigte sich vor allem das Gastgewerbe.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) verteidigte die neuen Hilfen. „Wir stärken damit viele mittelständische Unternehmen, auf deren Wettbewerbsfähigkeit wir angewiesen sind, damit die Wirtschaft nach der Krise schneller in Schwung kommt“, erklärte er.

Die Linke-Vorsitzende Katja Kipping warf Union und SPD vor, zu spät und dann auch noch halbherzig zu handeln. Sie forderte: „Solange die Pandemie andauert, braucht es einen monatlichen Corona-Zuschlag von 100 Euro auf alle Sozialleistungen und auf niedrige Renten.“ Auch FDP-Vizefraktionschef Christian Dürr zeigte sich enttäuscht: „Union und SPD haben zahlreiche Einzelmaßnahmen beschlossen, die langfristig weder Arbeitnehmern noch Betrieben aus der Krise helfen werden.“

